



Video München: „Chor der mutigen Frauen“ singt voller Zivilcourage gegen DIE FREIHEIT



Der Frauenchor, der sich bei der Kundgebung der FREIHEIT am Pariser Platz in München zu einem Dauerstörgesang zusammenfand, ist ein Symbol für die realitätsverleugnenden und traumtänzerischen linken Gutmenschen, die ihre Augen und Ohren vor den bedrohlichen Fakten zum Islam verschließen und in einem selbstgebastelten naiven Wolkenkuckucksheim verharren. Eine degenerierte wohlstandsverwöhnte Generation linksverdrehter Alt-68er, die noch nie Demokratie und Freiheit verteidigen mussten und sich gar nicht vorstellen können, dass es gewaltige Kräfte gibt, die all dies abschaffen wollen und deren Vernetzungen sich mitten unter uns rasch ausbreiten. Diese geradezu inbrünstig auftretenden Frauen würden auch noch dämlich grinsen und

singen, wenn sie wie ihre linken Geistesverwandten im Iran 1979 von Moslems an den Baukran gehängt werden.

(Von Michael Stürzenberger)

PI hatte vorgestern bereits ein Video präsentiert, das den „Gesang der selbstmörderischen Dummheit“ trefflich darstellte. Bereits eine dreiviertel Stunde nach der PI-Veröffentlichung sperrte es youTube, aber es ist noch [auf einem anderen Videokanal zu sehen](#).



In dem ach so mutigen Chor couragierter Frauen, die sich geradezu wollüstig für den „Frieden“ einsetzten, befanden sich auch einige Quotenmänner. Einen davon zog es zum Mikrofon, da er seine Botschaft auch gerne über Lautsprecher verbreiten wollte (*Foto*). Er hat wie all die Frauen ganz offensichtlich keinen blassen Schimmer davon, wer den gesellschaftlichen Frieden so massiv bedroht. Obwohl man täglich von den Nachrichten aus aller Welt über den islamischen Terror geradezu erschlagen wird. Sie singen voller Engagement Liedchen gegen Nazis und kapierten nicht, dass der Islam mit dem National-Sozialismus eng zusammenarbeitete und absolut wesensgleiche Bestandteile mit faschistischen Ideologien hat. Aber in deren eng begrenzter linker Weltanschauung kann eben nicht sein, was nicht sein darf:

Die brutale Frauenunterdrückung im Islam scheint diesen

wohlstandsverwöhnten Ignorantinnen auch völlig egal zu sein. Genauso, dass einer Frau wie der türkischstämmige Seyhan Ates, die sich für Frauenrechte im Islam einsetzt, von einem wütenden Moslem in Berlin in den Hals geschossen wurde, nachdem jener seine Frau neben Ates in deren Anwaltskanzlei abgeknallt hatte. Die in der deutschen Hauptstadt, in der mittlerweile 300.000 Moslems leben, nur vermummt aus dem Haus gehen kann, weil sie bereits zig Morddrohungen von Angehörigen der „Religion des Friedens“ erhalten hat. Wie gesagt, nicht in Islamabad oder Kabul, sondern in BERLIN:



Aber dieser linksverdrehte Frauenchor singt sogar angesichts eines solchen unerträglichen Terrors gegen Frauen unbeirrt sein „blablabla“:

Die zivilcouragierten Frauen singen so laut, dass die Fakten nicht ihre Ohren erreichen können. Dass sie nicht wahrnehmen können, dass an dem Geld für das Europäische Islamzentrum mitten in München das Blut der Opfer von Al-Qaida, Taliban und Hamas klebt. Und der Betreiber dieses Skandalprojektes ein Befehlsempfänger der extrem verfassungsfeindlichen Muslimbrüder ist. Der auch noch andere Imame mit seinem fundamentalistischen Gedankengut in einer Akademie dort ausbilden möchte:

Ganz wichtig für München sind offensichtlich Öl, Gas und Geld

aus Katar. Völlig egal für die linksrotgrüne politisch hochkorrekte Stadtführung scheint hingegen zu sein, dass genau dieser Staat einer der größten Terror-Unterstützer des Planeten ist:

(Kamera: Mecki)



Essen: Stadtspitze bleibt Fastenbrechen fern



Liegt es am [angekündigten Kommunalwahlantritt von Pro-NRW in Essen](#) oder warum ist Oberbürgermeister Reinhard Paß (Foto) mitsamt Stadtspitze aufgewacht und hat seine Teilnahme am moslemischen Fastenbrechen abgesagt? Offiziell ist die Beteiligung des Islamischen Bundes der Grund, warum viele Tische bei der Veranstaltung leer blieben.

(Von Marsianer)

[Die WAZ berichtete im Vorfeld:](#)

Jahr für Jahr bringt die Kommission „Islam und Moscheen in Essen“ in Zusammenarbeit mit dem „Initiativkreis Religion“ hunderte Gäste beim Fastenbrechen an einen Tisch – vom Oberbürgermeister bis zum neugierigen Nachbarn. Dieser Tisch wird am kommenden Samstagabend ab 21 Uhr in der Moschee an der Altenessener Heßlerstraße wohl ziemlich leer bleiben. Ein Mitveranstalter, der Islamische Bund Essen, steht seit längerem im Fokus von Polizei und Verfassungsschutz. Auch Oberbürgermeister Reinhard Paß kommt nicht.

Der Veranstalter ist nicht erfreut:

Organisator Mohammed Balaban, Ex-Vorsitzender des Integrationsrates, ist „sehr enttäuscht“: „Es ist nicht in Ordnung, die Veranstaltung durch Gerüchte in den Schmutz zu ziehen. Wer von einer Plattform keinen Gebrauch macht, auf der geredet werden kann, meint es nicht gut.“

Ausschlaggebend scheint ein Text des Verfassungsschutzes zu sein, den [Andreas Bomheuer](#) für die Stadt beim Geheimdienst angefordert hat:

Ein Verfahren u. a. wegen Volksverhetzung und Bildung einer terroristischen Vereinigung mit „unbekanntem Ausgang“ im Jahr 2005; ein Auftritt des bundesweit bekannten Islamisten Pierre Vogel aus dem Jahr 2008; Hinweise darauf, dass die Moschee „durchaus salafistisch geprägt“ ist: Das sind nur einige Beispiele aus dem Schreiben des NRW-Innenministeriums über die Abu Bakr Moschee an der Altenessener Straße. Die Moschee beheimatet den Islamischen Bund Essen. Den Text hat Dezernent Andreas Bomheuer bei der Behörde anfordern lassen. Er liegt dieser Zeitung vor. Bomheuer hat bereits aus „privaten terminlichen Verpflichtungen“ Abstand vom Samstagabend genommen. Auch auf andere Vertreter der Stadtspitze wird man vergeblich warten, ebenso auf zumindest große Teile der Politiker der örtlichen Bezirksvertretung.

Und weiter:

Ob die Anwürfe nur Gerüchte sind, ist schwer festzustellen. Das Ministerium schreibt auch, dass dem Verfassungsschutz keine „eigenen aktuellen Erkenntnisse zu den Aktivitäten innerhalb der Moscheegemeinde“ vorliegen. Jedoch scheine sich die Moschee bis in die jüngste Zeit „im Spektrum des politischen Salafismus bewegt zu haben.“

Abdelghani Jaouhar, Vorstandsvorsitzender des Islamischen Bundes Essen, hat eine andere Erklärung:

„Uns aber als Salafisten abzustempeln, ist absoluter Blödsinn. Wenn man mit uns reden möchte, sind wir immer bereit“, sagt Abdelghani Jaouhar, Vorstandsvorsitzender des Islamischen Bundes. Er sieht die Ursache der „Gerüchte“ in den Plänen des Vereins, sich in Altenessen zu vergrößern: „Die Menschen haben Angst.“

Auf der [Internetpräsenz des Islamischen Bundes](#) finden sich Tipps, wie man sich islamisch kleidet, einen islamischen Rechtsanwalt findet und dergleichen mehr. Also alles, um sich nicht mit der schmutzigen Welt der Ungläubigen zu verunreinigen. Dies allein ist Grund genug, sich nicht am Fastenbrechen mit solchen obskuren Organisationen zu beteiligen!

Pinneberg: Türke übergießt Ex mit Schwefelsäure



Fachkraft Birol K.

(Foto r.) genügte das bloße Abstechen seiner Ex-Frau Dorota (l.) nicht mehr, er übergieß sie anschließend auch noch mit Säure. Aus der MOP0: *„Die Trennung, die bevorstehende Scheidung – und dann hat sie auch noch einen neuen Freund. Das war zu viel für Birol K. Aus Eifersucht griff der 53-Jährige zum Messer, stach seine Noch-Ehefrau Dorota (44) nieder und überschüttete sie mit ätzender Schwefelsäure. Birol K. hatte die Tat offenbar bereits länger geplant: „Wenn ich sie nicht haben kann, soll keiner sie haben“, soll er gedroht haben.* ([Die ganze Story hier](#) / Spürnase: Zarizyn)

Streit um die Gewalt in Offenbach



In Offenbach kommt es immer häufiger zu muslimischer Gewalt (PI berichtete [hier](#), [hier](#) und [hier](#)). Bei einer Kontrolle muslimischer Jugendlicher gab es in der Nacht zum letzten Mittwoch das, was im

Polizeijargon mit den Worten „Auseinandersetzungen und Widerstandshandlungen“ bezeichnet wird. Die „Jugendlichen“, die inzwischen von der Rechtsanwältin Hatice Dilci vertreten werden, beklagten daraufhin gegenüber der Presse [„unverhältnismäßige Polizeigewalt“](#). Am Freitagabend folgten [rund 200 Menschen](#) einem Aufruf der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) und demonstrierten gegen die vermeintliche „Polizeigewalt“ (Foto). Auch Polizeipräsident Roland Ullmann hielt eine [um „Deeskalation“ bemühte Rede](#). (ph)



Kraftvolle EDL-Demonstration in Birmingham

✘ Bereits beim Aufschlagen der lokalen Presseerzeugnisse in Birmingham schlägt einem Abneigung oder sogar Haß gegen die [English Defence League](#) (EDL) entgegen, die es wagt, aus dem wohlerzogenen Käfig des politischen Multikulti-Gesellschaftsspielchen auszubrechen. Die EDL drückt nämlich die normale Volksmeinung über den Import von fremdem Befremdlichen aus und stellt sich dabei ganz besonders gegen die grenzenlose Islamisierungsbereicherung in England, die in Birmingham in der Tat deutlich zu spüren ist (PI berichtete u.a. [hier](#) und [hier](#) und [hier](#)).

(Eine bebilderte PI-Reportage aus Birmingham von der EDL-Demo am 20. Juli von Mr. Merkava)

Bereits auf dem Wege in die Innenstadt – und zwar auf einer der besseren Buslinien – bewahrheitet sich im Rahmen der Gesamtbereicherung einmal mehr der am Flughafen Birmingham eigentlich ganz anders gemeinte Reklameslogan:



Auch in der Innenstadt erkennt man „Good Old England“ nicht mehr so ohne weiteres wieder:



Die EDL, die sich insbesondere gegen die Islamisierung Englands sowie die damit einhergehende [Sharia](#) wehrt, wird von den auch dort meist [links-abgedrehten Massenmedien](#) mit allen, insbesondere unfairen Mitteln des [politkorrekten Erziehungsjournalismus](#) bekämpft und besonders gerne dämonisiert:



Ein Grund mehr, sich besser einmal wieder selber vor Ort umzusehen.

Die Sammlung zur Großkundgebung war von der Polizei interessanterweise in/vor eine Bar in Broad Street gelegt, wo

die EDL-Teilnehmer, die meist sowieso keine „[Pint](#)“ ausschlagen (ca. 1/2 l Bier), ihren Durst während einer bis zu vierstündigen Wartezeit stillen konnten. Ob da Polizeiplaner, die ein völlig überzogenes Riesenaufgebot an Polizisten für die Kundgebung nach Birmingham rekrutiert hatten, wohl mit klammheimlicher Freude Alkohol-geschwängerte Gewalt sehen und dokumentieren wollten?



Als ein falsches Gerücht stellte sich allerdings heraus, daß auch Polizeifahrzeuge aus Solidarität die EDL-Flagge führen würden. Im Gegenteil: einzelne PolizistInnen taten sich besonders damit hervor, jede einzelne kleine Unkorrektheit auf Seiten der eingepferchten EDL-Teilnehmer unbedingt ahnden zu wollen. Besonders bizarre ProvokateurInnen wurden allerdings auch tatkräftig entfernt, um die ganze Geschichte nicht bereits vor der Kundgebung aus dem Ruder laufen zu lassen, wogegen dann auch die stets besonnenen EDL-Security-Freiwilligen (Stewards) kaum etwas hätten ausrichten können:



Nachdem auch das EDL-Biker-Chapter unter großem Applaus eingelaufen war, wollte sich der Marsch über die kurze Strecke

in Richtung Kundgebungsort endlich in Bewegung setzen – nur immer wieder behindert durch kleine, unnötige Provokationen der sinnlos über-präsenten und manisch [Evidence Gathering](#) (prophylaktisch beweissichernden) Polizei:



Dennoch verlief der kurze Marsch der teilweise in der Tat kantigen Gestalten im wesentlichen friedlich und unter den staunenden Blicken einiger weniger durchgeschlüpfter Teilnehmer der linksextremen Gegendemonstration:



Am recht repräsentativen, als Versammlungsplatz geeigneten Centenary Square wurden die ankommenden Teilnehmer erst einmal über eine kräftige Lautsprecheranlage mit dem [EDL-Song](#) begrüßt:



Nach einem wohl auch dem Alkohol geschuldeten Scharmützel einer kleinen Gruppe junger Leute mit der Polizei waren dann alle um das EDL-Zentrum auf dem Centenary Square herum versammelt, wo als erster Tommy Robinson sich kraftvoll gegen die Diffamierungen der EDL als Nazis wehrte sowie über die

reichlichen Probleme der Islamisierung sprach:



Video:

gefolgt von [Kevin Carroll](#), der seinerzeit in Bedfordshire mit einem ordentlichen Achtungserfolg in der Wahl zum Police Commissioner kandidiert hatte und der in seiner Rede insbesondere beklagte, daß Geld für alles und jeden da sei, aber nicht für ein kleines englisches Mädchen, das dringend eine Riesensumme für eine Behandlung gegen ein tödliches Krebsleiden benötigt hätte, wofür sich die EDL besonders eingesetzt hatte:



Video:

Danach überbrachte ein Redner eine Grußbotschaft sowie einen Zustandsbericht über den für die Franzosen katastrophalen Stand der Islamisierung in Frankreich von einer französischen Partnergruppierung der EDL:



Video:

Aus Norwegen, dem Land der notorischen Israel-Hasser, waren Sympathisanten der EDL angereist und überbrachten die gut aufgenommene Nachricht, daß die westliche Welt und auch die EDL mit Israel sehr viel mehr verbinde als mit Islam und Sharia:



Video:

Eine kleine Sensation war der Auftritt eines LGBT-Mitglieds der entsprechenden [EDL-Division](#), der eine vielbeachtete und mit freundlichem Applaus bedachte Rede zur Gefährdung seiner Gruppe unter dem Islam hielt,



Video:

gefolgt von einem Ex-Serviceman (ehem. britischer Soldat):



Video:

Und drüber knatterte den ganzen Tag der Hubschrauber einer im günstigsten Fall neurotischen, wahrscheinlicher aber eher politikkorrekt erzogenen und somit EDL-feindlichen parteiischen Polizei:



die bei der Gegenkundgebung der auch noch staatlich geförderten, links-multikulturellen [UAF](#) zwar ebenfalls präsent war, aber Dinge zuließ, wie z.B. chirurgenartige Totalvermummung, die ausdrücklich verboten ist und wo auf die EDL sofort eifrige Polizisten zugestürmt waren, wenn sich auch nur jemand das Taschentuch über den Mund band:



Somit bleibt nur die besorgte Beobachtung: USSK – zwar nicht immer, aber leider immer öfter...

PI-Interview mit Tommy Robinson:

UAF – Impressionen einer kümmerlichen Gegendemo:

Video vom EDL-Marsch durch Birmingham:



Die liberale Gesellschaft und ihr Ende (II)



Am kommenden Dienstag erscheint das neue Buch des Berliner Sozialwissenschaftlers und PI-Autors Manfred Kleine-Hartlage: [„Die liberale Gesellschaft und ihr Ende. Über den Selbstmord eines Systems“](#) (Verlag Antaios, Schnellroda, € 19,-). PI veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung des Verlages Antaios Auszüge daraus in einer dreiteiligen Serie. Heute Teil II: Über den „Generalverdacht“:

Liberaler Gedankenmodelle basieren auf einigen unausgesprochenen Voraussetzungen (...), etwa der, daß Menschen alle Beziehungen, die sie miteinander eingehen, freiwillig und

auf individueller Basis eingehen. Eine heroische Annahme: Menschen treten nämlich bereits dadurch miteinander in Beziehung, daß sie in derselben Straße, derselben Stadt, demselben Land, derselben Gesellschaft leben, und sie haben sich ihre Mitbürger keineswegs individuell ausgesucht. Individualisierbar sind die Beziehungen zwischen ihnen auch nicht: *Alle zusammen* erzeugen die Umgebung, in der *jeder einzelne* lebt – bzw. leben muß.

Wie steht es um die Freiheit, wie um die Rechte derer, die die so erzeugte Umgebung *unerträglich* finden, aber nicht die Mittel haben, sich eine andere zu suchen? Zählen deren Interessen nicht? Die Freiheit, die der Liberalismus fordert, findet ihre Kehrseite in der Forderung an jeden einzelnen, *tolerant* zu sein, insbesondere mit der *Erwartungsunsicherheit* fertigzuwerden, die sich notwendig in einer Gesellschaft einstellt, in der nicht nur jeder tun *kann*, sondern auch tatsächlich *tut*, was er will, und sei es auch im Rahmen der Gesetze.

Das schmutzige kleine Geheimnis des Liberalismus lautet, daß eine von ihm geprägte Gesellschaft keineswegs *allen* die gleiche Freiheit zur Verfolgung ihrer Interessen, zur *pursuit of happiness* läßt, sondern daß *diejenigen*, die bereit sind, die Zumutungen anderer in Kauf zu nehmen, um selber Zumutungen austeilern zu können, die Interessen *derer* delegitimieren, die bereit wären, sich selbst zurückzunehmen, um im Gegenzug von den Zumutungen anderer verschont zu bleiben: Man fordert Toleranz von allen; auch von denen, für die das ein schlechtes Geschäft ist, weil sie selber die Toleranz anderer gar nicht strapazieren wollen.

Das alles fällt freilich gar nicht so sehr ins Gewicht, solange ein gewisser Konsens vorausgesetzt werden kann, was als akzeptabel und tolerabel zu gelten hat; solange Gesetzestreue eine weitgehend geteilte kulturell verinnerlichte Norm darstellt, d.h. nicht nur dann geübt wird, wenn gerade ein Polizist danebensteht; solange demokratische

Verfahren als fair empfunden werden; solange das Minimum an gesellschaftlicher Solidarität gewahrt bleibt, weil die Bereitschaft, die Verfolgung der Eigeninteressen zugunsten der Gesellschaft zurückzustellen, in bestimmten Grenzen als allgemein gegeben unterstellt werden kann und der Ehrliche daher nicht den Eindruck haben muß, der Dumme zu sein.

Solange all dies gegeben ist, bleibt Regelverletzung die Ausnahme und Kriminalität die vergleichsweise winzige Spitze eines nur kleinen Eisbergs. Der Kriminalität *einzelner* kann der Rechtsstaat dann mit Hilfe der Justiz Herr werden.

Auch der beste Rechtsstaat ist aber überfordert, wenn Kriminalität zum Massenphänomen wird, und er ist um so schneller überfordert, je liberaler er ist, d.h. je mehr er die Bürgerrechte achtet. Je weiter Kriminalität sich quantitativ ausbreitet und je gefährlicher ihre Erscheinungsformen sind, desto weniger Liberalität kann der Rechtsstaat sich leisten. Organisierte Kriminalität, Terrorismus, internetgestützte Kriminalität aller Art und, besonders gefährlich, da den Rechtsstaat im Kern angreifend, *Korruption*, stellen den Rechtsstaat vor Probleme, die er regelmäßig mit mehr Überwachung und mehr Reglementierung löst, d.h. er tendiert in dem Maße zur Illiberalität, wie die Kriminalität voranschreitet.

Nun breitet dergleichen sich aber nicht zufällig aus. Gewiß ist Organisierte Kriminalität, um mit diesem Beispiel zu beginnen, keine italienische, russische oder chinesische Spezialität in dem Sinne, daß es sie anderswo nicht geben könnte. Trotzdem ist es bezeichnend, daß es eine sizilianische Mafia gibt, aber keine friesische; eine russische, aber keine dänische; eine chinesische, aber keine schweizerische. Bezeichnend ist auch, daß das Phänomen der Korruption in den klassischen Herkunftsländern des Organisierten Verbrechens deutlich verbreiteter ist als in Mittel-, Nord- und Westeuropa. Offenbar gibt es Kulturen, in denen eine abstrakte und als Norm verinnerlichte Gesetzesloyalität nur schwach

ausgeprägt ist, der Staat nicht als Verkörperung des Allgemeinwohls gesehen wird, eher als feindliche Macht, und wo private Gewaltstrukturen daher besondere Entfaltungschancen haben. Wandern Menschen aus solchen Kulturen in Massen ein, so wandern diese Strukturen *mit* ein, und sie stellen den Staat vor Probleme, die er ohne Masseneinwanderung nicht hätte. Das heißt durchaus nicht, daß alle oder auch nur die Mehrzahl der Einwanderer aus den genannten Ländern an solchen Organisationen beteiligt wäre, wohl aber, daß ihre massenhafte Anwesenheit gewissermaßen den Resonanzboden mafiöser Strukturen darstellt. Die Masseneinwanderung *als solche* schafft das entsprechende Umfeld.

Entsprechendes gilt für Terrorismus. Terrorismus entsteht, wo die liberale Demokratie bestimmte politische Strömungen nicht integrieren kann, weil deren Gestaltungswille sich gegen diese liberale Demokratie selbst richtet. Dabei kann solcher Terrorismus durchaus hausgemacht sein wie etwa der linke Terrorismus der siebziger und achtziger Jahre. Daß solcher Terrorismus, wie auch weniger spektakuläre Formen linksextremer Gewalt, sich zu einem erheblichen politischen Problem auswachsen konnte, ist ein deutliches Anzeichen für die schwindende Integrationskraft liberaler Systeme und für die Zunahme jener Zentrifugalkräfte, die diese Systeme bereits aus sich heraus hervorbringen.

Werden sie freilich zusätzlich strapaziert, indem Millionen von Menschen einwandern, denen die Prinzipien der liberalen Demokratie fremd sind und aufgrund ihrer tiefverwurzelten Ideale einer gerechten und gottgewollten – islamischen – Ordnung sogar als unsittlich erscheinen müssen, dann werden diese Einwanderergruppen erwartbar ein hohes Maß an systemoppositionellem Verhalten hervorbringen. Die Skala solchen Verhaltens reicht sehr weit, von passiver Resistenz über Hasspredigten bis hin zum Terrorismus, und nur eine kleine Minderheit wird bis zu dieser extremen Option vorstoßen; diese ist nur die Spitze des Eisbergs. Aber diese

Spitze ist da, weil der Eisberg da ist.

Korruption ist ein in vielen Ländern nicht nur der Dritten Welt verbreitetes Problem, das dort hartnäckig allen Versuchen trotzt, seiner Herr zu werden. Es ist kulturell verwurzelt, und zwar aus ähnlichen Gründen wie die Organisierte Kriminalität. Was geschieht nun, wenn man den einheimischen Staatsapparat für Menschen öffnet, die solche kulturellen Orientierungen mitbringen? Sie werden selbstverständlich nicht alle korrupt sein, aber die Korruption wird mit Sicherheit ansteigen.

Es ist bezeichnend für die Oberflächlichkeit der veröffentlichten Meinung, daß solche Warnungen regelmäßig mit dem Hinweis auf den „Generalverdacht“ abgetan werden, unter den man diese oder jene Einwanderergruppe (oder welche Art von Minderheit auch immer) keinesfalls stellen dürfe. Dabei liegt es in der Natur statistischer Aussagen, daß sie keine Rückschlüsse auf den Einzelfall zulassen, wohl aber Rückschlüsse auf das Ergebnis, das sich einstellt, wenn man solche statistischen Befunde ignoriert. Es gibt kein Recht auf Einwanderung; es gibt lediglich das Recht jedes Menschen, sich auf dem Gebiet desjenigen Staates aufzuhalten, *dessen Bürger er ist*. Komplementär dazu gibt es das Recht jedes Staates zu entscheiden, wen er einwandern läßt und wen nicht. Dies ist ein souveränes Recht, d.h. der Staat ist niemandem (außer seinen eigenen Bürgern, sofern er sich als demokratisch versteht) Rechenschaft darüber schuldig, wen er warum einwandern läßt. Er kann, darf und soll sich bei dieser Entscheidung an den Interessen seiner Bürger orientieren, und wenn er zu diesem Zweck einen „Generalverdacht“ hegen muß, dann muß er es eben.

Eine solche These freilich ist vom Liberalismus her nicht begründbar – was nicht ausschließt, daß es Menschen gibt, die sich als liberal verstehen und ihr trotzdem anhängen; diese sind dann (in gesunder Weise) inkonsequent. Wenn nämlich Freiheit per se ein Menschenrecht ist und diese Freiheit

notwendigerweise auch die Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit beinhaltet, und wenn man darüber hinaus die *Menschenrechte* zum Ausgangspunkt der eigenen Ideologie macht, dann ist nicht begründbar, warum die Bewegungsfreiheit an Staatsgrenzen haltmachen sollte, es sei denn, der *einzelne* wäre erwiesenermaßen kriminell.

Die *Beweispflicht* ist dann dem Staat aufgebürdet, der eine bestimmte Person *nicht* einwandern lassen will; damit hört er auf, *souverän*, d.h. *nicht* rechenschaftspflichtig zu sein. Die Entscheidung, die Angehörigen ganzer Völker von der Einwanderung auszuschließen, muß vor dem Hintergrund einer solchen Ideologie „diskriminierend“, „menschenrechtswidrig“, „rassistisch“ und so weiter erscheinen, nicht weil sie dies tatsächlich wäre, sondern weil sie aus Gründen einer *kollektiven* Rationalität vorgenommen wird, die aus der *individualisierenden* liberalen Perspektive von vornherein illegitim ist.



Video: Elfjährige Jemenitin warnt vor Zwangsehe

☒ Zwangsehen, Vergewaltigungen, Pädophilie. Drei Dinge, die im zivilisierten Westen verboten sind und unter Strafe stehen, in islamischen Ländern aber immer noch gang und gäbe sind. Der mohammedtreue Moslem eifert damit seinem über alles stehenden

Idol nach. So auch die Familie der elfjährigen Nada Al-Ahdal (Screenshot) aus dem Jemen. Sie sollte mit einem deutlich älteren Mann zwangsverheiratet werden. Das mutige Kind aber wehrt sich und richtet einen Appell an die Welt.

(Von L.S.Gabriel und Thore Feuerbach)

Nada wuchs in behütetem Umfeld bei ihrem Onkel auf. Er war kinderlos und Nadas Eltern fehlten die Mittel, dem Mädchen und ihren acht Geschwistern ein anständiges Leben zu bieten. Nada ging es gut, sie besuchte die Schule, lernte während der Sommerferien Englisch, bis die grausame Realität moslemischer Mädchen sie einholte.

Sie sollte auf Wunsch ihrer Eltern mit einem jemenitischen Auswanderer, der in Saudi-Arabien zu Reichtum gekommen war, verheiratet werden, denn ihm war sie versprochen. Ihr Onkel konnte dieses Unheil gerade noch abwenden, sehr zum Ärger der Eltern, die dadurch nun nicht nur nach islamischer Tradition Schande zu tragen hatten, sondern auch um das nicht unerhebliche Brautgeld gebracht worden waren. Da wurde Nada kurzerhand entführt und sollte dem Kinderschänder Ehemann übergeben werden.

Sie konnte fliehen und ihr Onkel brachte sie zur Polizei, wo Anzeige wegen versuchter Zwangsverheiratung und Entführung gegen die Mutter erstattet wurde. Denn das ist auch im Jemen schon verboten.

Hier der Videoappell der mutigen Elfährigen (Übersetzung unten angefügt):

Übersetzung:

*Salaam Alaikum. Allahs Bamherzigkeit und Segen sei mit dir.
Hallo euch allen.*

Ich möchte Mukhtar Al-Sharafi und Amal danken.

Ich möchte mich weiters bei allen Journalisten bedanken und

auch bei dir.

Es ist wahr, dass ich von meiner Familie weggelaufen bin.

Ich kann mit ihnen nicht mehr leben. Es ist genug. Ich will gehen und mit meinem Onkel zusammenleben.

Was ist das mit der Unschuldigkeit der Kindheit?

Was haben die Kinder falsch gemacht? Warum verheiratet ihr sie so?

Ich habe es geschafft, meine Probleme zu lösen, aber einige unschuldige Kinder können das nicht, und diese könnten sterben, Selbstmord begehen, oder was auch immer ihnen einfällt.

Das sind doch nur Kinder. Was wissen die schon?

Sie haben keine Zeit zu lernen, oder ähnliches.

Es ist nicht unsere Schuld. Ich bin nicht die einzige. Es kann jedem Kind so ergehen.

Da sind viele solcher Fälle.

Manche Kinder haben sich im Meer ertränkt. Diese sind jetzt tot.

Das ist doch nicht normal für unschuldige Kinder.

Es ist wahr, dass ich zu meinem Onkel geflüchtet bin, aber er war nicht zu Hause.

Darum habe ich Abd Al-Jabbar angerufen, damit er herkommt und mich holt.

Abd Al-Jabbar hat eine Frau zu mir geschickt, um mit mir zurück nach Al-Hudaydah zu reisen.

Als mein Onkel von all dem gehört hat, ist er gekommen.

Ich habe bei der Polizei Anzeige gegen meine Mutter erstattet.

Ich habe denen erzählt, dass ich 11 Jahre alt bin und, dass sie mich verheiraten will.

Ich hätte kein Leben gehabt, keine Ausbildung. Haben die denn etwa kein Mitgefühl?

Was für eine Art von Erziehung haben sie erhalten?

Tot wäre ich besser dran gewesen. Ich wäre lieber gestorben.

Ich lebe lieber bei meinem Onkel, als bei diesen Menschen.

Sie haben mir angedroht, mich umzubringen, wenn ich zu meinem Onkel gehe.

*Was für Menschen sind das, die ihre Kinder so behandeln?
Würde es dich glücklich machen, mich gegen meinen Willen zu heiraten?*

Geh los und verheirate mich! Ich werde mich selbst töten, einfach so!

Ich will nicht zurückkehren und mit ihnen leben. Ich will nicht.

Sie haben unsere Träume zerstört. Sie haben alles in uns zerstört.

Nichts ist übrig. Das ist keine Form der Erziehung. Das ist kriminell, einfach kriminell.

Meine Tante mütterlicherseits war 14 Jahre alt. Sie verbrachte ein Jahr mit ihrem Ehemann, dann hat sie sich mit Benzin übergossen und angezündet. Sie hat es nicht überlebt.

Er würde sie mit Ketten schlagen. Er würde sich betrinken.

Würde es dich glücklich machen mich zu verheiraten?!

Meine Mutter, meine Familie, glaubt mir, wenn ich sage:

Ich bin fertig mit euch! Ihr habt meine Träume zerstört!

(Übersetzung: Thore Feuerbach)



Altmaier: Energiewende kostet

mehr als Billion



PI hat im Juni 2011 als erstes Presseorgan vorhergesagt, daß die Energiewende Verbraucher und Steuerzahler 1 Billion Euro kosten wird. Umweltminister Altmaier (CDU) brauchte danach zweieinhalb Jahre, um die Billion notgedrungen zu bestätigen. Im Februar diesen Jahres erhöhte [PI die Summe](#) auf 2 Billionen. Inzwischen ist der Umweltminister ebenfalls wieder nachgezogen. Er glaubt, daß *die Kosten sogar „deutlich“ über der von ihm bisher genannten eine Billion Euro liegen könnten*. Hier seine immer noch viel zu niedrige Berechnung:

Rund 66 Milliarden haben wir seit 2000 für existierende Ökostrom-Anlagen gezahlt, 250 Milliarden addieren sich für diese bis zum Ende der 20-Jahres-Vergütung, und weitere 730 Milliarden kämen für neue Ökostrom-Anlagen bis 2040 noch hinzu. Insgesamt also über eine Billion Euro. Nicht mitgerechnet sind Investitionen für Back-up-Kraftwerke, Energiespeicher, Netz-Ausbau.

In seinem CO₂-versifften Hirn [läßt dieser CDU-Schwachmath](#) einfach die Summen weg, welche die Energiewende an Schäden hinterläßt. Werden die voll funktionsfähigen, aber abgeschalteten Atomkraftwerke jetzt für 5 Cent abgebaut und entsorgt? Eben lesen wir, daß die ENBW sieben weitere defizitäre [Kraftwerksblöcke hat](#), die vermutlich geschlossen

werden. RWE will gerade [mehr als 10.000 Leute](#) entlassen, wer bleibt, soll weniger verdienen. Früher haben diese Beschäftigten Lohn- und Einkommensteuer bezahlt, nun beziehen sie Hartz IV. Sind das keine Kosten, Altmaier? Dazu die verlorenen Subventionen bei den reihenweise pleitegehenden Solarfirmen. Und so weiter. Es ist ein ganzer Rattenschwanz an teuren Problemen. Im Endeffekt ist die verkorkste Energiewende, so wie sie planlos und nur ideologisch ins Werk gesetzt wurde, [vielleicht sogar unbezahlbar!](#)

Islamischer Terrorismus in Bosnien-Herzegowina

☒ Diese Aufzeichnungen aus Sarajewo trug ich fast zehn Jahre zusammen. In den vielen Jahren meiner Arbeit auf dem Balkan hatte ich mehrere Male längere und schwierige Dienstreisen nach Bosnien-Herzegowina unternommen. Ich traf mich mit den meisten Leaders des moslemischen Bosnien, interviewte Alija Izetbegovic, Haris Silajdjic, Hasan Cengic, Hasan Muratovic Ivan Divljak, um bloß einige davon zu nennen. Anfang und Mitte der 1990er Jahre saßen gerade diese Leute auf dem politischen Olymp und zeichneten für das Geschehen in dieser Region verantwortlich. Viele von meinen Aufzeichnungen jener Periode habe ich nun beschlossen, erstmalig publik zu machen. (Weiterlesen auf [Stimme Russlands](#))

Asylantenheim in Salafistenhochburg Lannesdorf

☒ Linke, Grüne und Flüchtlingsberater kritisieren die jahrelange Untätigkeit der Stadt Bonn hinsichtlich der Aufnahme von kinderreichen Flüchtlingsfamilien, mit deren Unterbringung die Stadt hoffnungslos überfordert ist. Am 31. Dezember 2012 hielten sich laut Stadt 656 geduldete Ausländer und 301 Asylbewerber in Bonn auf. Sie kommen vor allem aus Serbien, Syrien, Irak und Afghanistan. Bei den geduldeten Ausländern kommt die größte Gruppe (86 Personen) aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Dabei handelt es sich vor allem um Medizintouristen, die in Bonn behandelt werden. Da die vorhandenen Flüchtlingsheime, Wohnungen und Notunterkünfte völlig überfüllt sind, böte sich die Unterbringung in unmittelbarer Nähe der beliebten HassFahd-Akademie an. Und so soll es dann nach dem Willen des bunten OB Jürgen Nimptsch (SPD) auch geschehen: Die Flüchtlinge werden in den „Salafistenstadl“ Lannesdorf abgeschoben. Dort können sie dann alle den demokratischen Islam kennenlernen, ihn genießen und sich wohlfühlen.

(Von Verena B., Bonn)

Dem unbequemen Bürger Bund Bonn e.V. (BBB) passte dieses Vorhaben nicht wirklich. Seiner Ansicht nach weist die Einwohnerstruktur Lannesdorfs bekanntlich einen hohen Anteil von Ausländern und Immigranten auf, darunter viele aus arabischen Ländern, und die Erfahrung zeige, dass solche Übergangsheime – wenn sie einmal eingerichtet sind – durchaus für mehrere Jahre bestehen können.

Dazu sagt BBB-Stadtrat Marcel Schmitt:

„Um dem sozialen Gedanken durchmischter Stadtteile nachzukommen und der Bildung von sozialen Brennpunkten und

Armutinseln mit einseitigen Miet- und Belegungsstrukturen vorzubeugen, ist es nach hiesiger Auffassung notwendig, vor einer Standortentscheidung für eine Unterkunft zu prüfen, ob die beabsichtigte Unterbringung mit den vorhandenen Sozialstrukturdaten des örtlichen Planungsraums vereinbar ist.“

Die islamfreundliche Stadt kratzt das nicht. In einer Stellungnahme im Vorfeld der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Bad Godesberg ließ sie wissen, man halte den Standort für unkritisch und lehne eine weitergehende Prüfung hinsichtlich der zu erwartenden Einflüsse auf die Einwohnerstruktur von Lannesdorf ab. ~~Deutsche Kultur gäbe es da ohnehin nicht mehr.~~ Nach Auffassung der Verwaltung seien negative Einflüsse auf die vorhandene sozialräumliche Struktur nicht zu erwarten, weil sich das geplante Übergangsheim in einem Gewerbegebiet befinde. Aus diesem Grund sei auch lediglich eine vorübergehende Nutzung zulässig, so dass ein dauerhafter Einfluss nicht entstehen könne. Darüber hinaus habe sich in diesem Objekt bereits früher ein Übergangsheim befunden, argumentiert der Stadtrat (General-Anzeiger vom 2. Juli 2013). Kirchen gibt's da nicht, also alles gut für Mohammed und Fatima. Dafür gibt es zusätzlich auf der Drachenburgstraße noch eine kleine, demokratische, arabische Moschee, genannt Förderverein Salam, der sowohl die Gewaltausbrüche der radikalen Salafisten als auch die Provokation von PRO NRW [kritisierte und verurteilte](#). „Die beste Antwort auf solche Leute ist es, sie zu ignorieren und rechtliche Schritte einzuleiten, um unseren Standpunkt als Muslime mit Hilfe der Justiz klarzustellen.“

Die gepeinigten, noch nicht verzogenen Lannesdorfer Bürger wird es freuen. Am besten legen sich deutsche Frauen schon mal eine Vollverschleierung zu, damit sie nicht unangenehm auffallen. Integration ist alles! Vielleicht gibt's dann auch mal einen Integrationspreis und ein paar Euro zusätzlich. Kann man ja immer gebrauchen!

Münchner Zwei-Klassen-Justiz bei OSZE-Konferenz in Wien thematisiert



Die juristische Ungleichbehandlung von Islam-Aufklärern auf der einen und Linken sowie Moslems auf der anderen Seite wird in München immer offensichtlicher. Für die gleichen Taten werden die einen freigesprochen, die anderen hart bestraft. Diese skandalöse Zwei-Klassen-Justiz wurde jetzt von Elisabeth Sabaditsch-Wolff (*Foto*), stellvertretende Bundesvorsitzende der Bürgerbewegung Pax Europa, bei der OSZE-Konferenz in Wien am vorletzten Donnerstag, 11. Juli vorgetragen.

(Von Michael Stürzenberger)

Während linke und moslemische Gegendemonstranten bei den Kundgebungen der FREIHEIT beispielsweise unaufhörlich mit dem ausgestreckten Mittelfinger straffrei beleidigen dürfen, bekam der frühere Generalsekretär der FREIHEIT Bayern für den gleichen Tatbestand vor Gericht eine 2400,- Euro Geldstrafe aufgebremmt.

Als dem Freiheitskämpfer Markus nach einer Dauerbelästigung

durch einen provozierenden Linken ein „Fick Dich, Du Arschloch“ herausrutschte, erhielt er unverzüglich einen Strafbescheid über 450,- Euro. Linke und Moslems hingegen dürfen uns beispielsweise ungestraft als „Du Arschloch“ und „Du Vollidiot“ beleidigen. Selbst „Du dummes Nazischwein“ wurde vor wenigen Tagen von der Münchner Staatsanwaltschaft eingestellt, mit der Begründung, der Diffamierer sei zuvor noch nicht negativ aufgefallen. Tja, das war Markus auch nicht, aber vor dem Gesetz sind in München manche eben gleicher als die anderen.

Auch massive Angriffe auf Kundgebungen der FREIHEIT [wie dieser Überfall von vier schwarzvermummten Linksextremen](#), die am 10. November des vergangenen Jahres in der Münchner Fußgängerzone einen Infoschirm umzuschmeissen versuchten, Flyer und Broschüren vom Tisch fegten und einer Mitstreiterin in den Rücken sprangen, wurde allen Ernstes eingestellt. Mit der fadenscheinigen Begründung, ein „Tatnachweis“ ließe sich gegen die Beschuldigten „nicht mit der für eine Anklageerhebung erforderlichen Sicherheit“ erbringen. Dabei haben wir vor Ort noch selbst mit dafür gesorgt, dass die Täter schließlich von der Polizei festgenommen wurden, was auch auf Video zu sehen ist. Ich habe in diesem Fall wie auch in anderen Einspruch eingelegt und ein Klageerhebungsverfahren gefordert. Wir warten gespannt ab, was dabei herauskommt. [Europe News berichtet über die OSZE-Konferenz:](#)

Michael Stürzenberger, der im Auftrag der politischen Partei DIE FREIHEIT absolut friedlich und legal gegen ein in München geplantes islamistisches Zentrum protestiert, wurde wiederholt von linken Gruppen vor Gericht gebracht. Stürzenberger ist ohne jeden Zweifel ein Verteidiger der Menschenrechte, er wendet sich gegen die Einführung des Schariarechts in Deutschland, ein Recht, das diametral den Regelungen der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen entgegen steht.

Stürzenberger hat wöchentliche Demonstrationen abgehalten, um

die Öffentlichkeit über die Auswirkungen einer „Megamoschee“ im Herzen von München aufzuklären, die von einem ausländischen Staat (Katar) finanziert wird. Stürzenberger und seine Kollegen werden physisch angegriffen, angespuckt, mit rohen Eiern beworfen und mit allen möglichen Schimpfnamen („Arschloch“, „Idiot“, „Nazi“ und mehr) bezeichnet.

Ein Teilnehmer an der Diskussion wurde von einer linken muslimischen Allianz beschimpft, in einen verbalen Schlagabtausch verwickelt, und sofort vom Gericht zu einer Geldstrafe in Höhe von 450 Euro verurteilt.

Allerdings führten die Beschimpfungen der linken muslimischen Allianz nicht zu juristischen Konsequenzen für die Täter. Das Gericht wies den Fall ab, mit der Begründung fehlender Beweise, trotz eines Videos und der Aussage von Polizisten, die am Tatort anwesend waren.

In einem weiteren Fall geht es um den ehemaligen Generalsekretär der Partei DIE FREIHEIT, der zu einer Geldstrafe in Höhe von 1200 Euro verurteilt wurde, das später auf 2400 Euro erhöht wurde, weil er den Mittelfinger zeigte, um seine Meinung auszudrücken. Im Fall der Linken und Muslime, die gegen Stürzenbergers Demonstration protestierten, gibt es keine Strafverfolgung.

Es scheint heutzutage ein klares zwei Klassensystem zu geben: Auf der einen Seite verfolgt die Justiz Nichtmuslime, die die universellen Menschenrechte verteidigen, das Rechtsstaatsprinzip, die Demokratie.

Auf der anderen Seite wird einer linken muslimischen Allianz erlaubt brutale Photos und Filme zu zeigen, ohne dass die Polizei eingreift. Diejenigen, die die Menschenrechte verteidigen, müssen sofort die geringste Darstellung von Blut auf Plakaten entfernen.

Dann gibt es jene, denen erlaubt wird Kraftausdrücke gegen friedliche Demonstranten zu schreien. Die anderen, die darauf

reagieren, werden sofort vor den Richter gezerrt und bekommen eine Geldstrafe.

Es scheint ein eklatantes Fehlen von Gleichberechtigung vor dem Gesetz zu geben für jene, die friedlich gegen die Befürworter des Schariarechts protestieren und jene, die Werte befürworten, die mit der westlichen Einstellung der Menschenrechte inkompatibel sind.

Das führt zu einem Vertrauensverlust in die Justiz und das Rechtsstaatsprinzip. Den Verteidigern der Menschenrechte muss Schutz gegeben werden. Auch die Unabhängigkeit der deutschen Gerichte erscheint zweifelhaft. Wie in der kommentierten Agenda vermerkt wird, „fällt es den Gerichten zu, sicherzustellen, dass niemand über dem Gesetz steht.“

Über das Einreiseverbot von Pamela Geller und Robert Spencer nach Großbritannien sowie die Festnahme von Kevin Carroll und Tommy Robinson auf einer Straße in London [beschwerte sich bei dieser OSZE-Konferenz](#) in Wien Henrik Ræder Clausen als Vertreter der International Civil Liberties Alliance (ICLA).

Noch ein Terminhinweis: Am kommenden Mittwoch, den 24. Juli sind wir mit der FREIHEIT um 11 Uhr vor dem Verwaltungsgericht München in der Bayerstr. 30, Sitzungssaal 4 EG, wegen unseres Einspruchs gegen die zahlreichen Auflagen der Stadt München wie Redezeitverkürzung, Dezibelbeschränkung sowie Fotografier- und Filmverbot der Gegendemonstranten.

Begriff „Nachhaltigkeit“

nichts als Zukunftsangst

☒ Die zentralen gesellschaftlichen Debatten der letzten Jahrzehnte drehen sich fast ausschließlich um Zukunftsängste und die aus ihnen geborenen Alternativstrategien zur Verhinderung der scheinbar unabwendbaren Apokalypse: Wir holen die Windmühlen aus der technologischen Mottenkiste und erklären sie zur Zukunftstechnologie, während wir tatsächlich bahnbrechende Innovationen scheuen und verbieten; wir opfern unsere Mobilität und huldigen der Entdeckung der Langsamkeit; wir schimpfen auf moderne Medizin und industrielle Lebensmittelproduktion und finden Gesellschaften, die ohne müssen, irgendwie „authentischer“ und „menschlicher“.

Wir reden gerne von der „einen Welt“, in der wir leben, fürchten uns aber vor globalen Menschen- und Warenströmen und davor, dass ferne Länder nach dem trachten, was wir selbst haben. Wir profitieren von den Errungenschaften derjenigen, die sich in der Vergangenheit mit dem Status quo nicht zufriedengaben, und erklären gleichzeitig unser aktuelles Wissen zum Gipfel dessen, was erreichbar ist. Wir erklären sogar unsere Erkenntnisse und Beschlüsse als unumstößlich und unumkehrbar und versperren so weiteren Entwicklungsperspektiven den Weg – all das, wohlgemerkt, im Namen künftiger Generationen. (*Auszug [aus einem Artikel](#) im CICERO zum Fehlkonzepit der Nachhaltigkeit!*)

☒

Kulturelle „Vielfalt“ in

Wahrheit Gleichschaltung

☒ Eine der häufigsten Vokabeln in der öffentlichen Rede ist das Wort Vielfalt. Berlin erklärt sich zur „Stadt der Vielfalt“, „Feste der Vielfalt“ werden veranstaltet, Beratungsstellen firmieren als „Welt der Vielfalt“, es gibt sogar eine „Charta der Vielfalt“, die von Großkonzernen, Versicherungsunternehmen, Bundesministerien, Fußballclubs, Bildungswerken, Bäderbetrieben unterzeichnet wurde. Jeder weiß inzwischen, daß er für „Vielfalt“ eintreten muß, um gesellschaftlich akzeptiert zu werden. (Torsten Hinz zeigt, daß gerade das Gegenteil bezweckt wird: unsere Gleichschaltung!)

Griechische Blinde können wieder sehen

Nach Kontrollen auf der griechischen Insel Kalymnos haben zwei Drittel der Empfänger von Sozialleistungen für Sehbehinderte ganz plötzlich ihr Augenlicht wiedergefunden. Von 152 Anfang Juni untersuchten „Patienten“ seien 100 entgegen eigenen Angaben weder blind noch anderweitig in ihrem Sehvermögen eingeschränkt gewesen, teilte die griechische Sozialversicherungsagentur IKA mit. Die FAZ entschuldigt dies mit unseren Hartz IV-Betrügnern. Es ist aber wohl eine Frechheit, wenn der deutsche Steuerzahler auch noch die anderen Sozialbetrüger der EUdSSR unterstützen soll.



Video München: Die „Argumente“ der Gegendemonstranten



Sie belagern die Kundgebungen der FREIHEIT in München seit fast zwei Jahren. Bei bisher etwa 120 Veranstaltungen harreten sie jeweils fünf bis neun Stunden aus und bekamen hierbei eine Flut von mehr als besorgniserregenden Fakten über den Islam sowie das geplante Europäische Islamzentrum um die Ohren gehauen. In all der Zeit haben wir von dieser extrem linken Stör-Brigade außer Beleidigungen, Drohungen, Angriffen, Eierwürfen und Demolierungen nichts Substantielles mitbekommen. Am Samstag plärrten sie noch Parolen wie „Ihr habt den Krieg verloren“ und „Wir hassen Deutschland“. Sie sind die lebenden Argumente zum Unterschreiben unseres Bürgerentscheides.

(Von Michael Stürzenberger)

Hier ein Beispiel der überaus stichhaltigen „Argumente“ der linken Dauer-Gegendemonstranten, minutenlang stereotyp in Papageienmanier geplärrt, was einen wirklich zum Nachdenken anregt:

Ein Moslem zeigte mich an, da ich ihn mit „Moslem“ angesprochen hatte, nachdem er mir seinen Namen auch nicht sagen wollte. Stellt dies neuerdings etwa eine Beleidigung dar? Läuft das schon unter strafbewehrter Islamkritik? Gibt es hierzu schon eine EU-Resolution? Hat die OIC bereits das Strafmaß dafür bekanntgegeben, beispielsweise korankonform 100 Peitschenhiebe wie für Schwule?

Meinen Namen hingegen hatte sich der Moslem auf seinen Arm schreiben lassen, wohl damit er ihn nicht vergisst. Von der extrem linken Dauerstörerin Natalie P. erfuhr er – wie so viele andere Moslems auch – meine Adresse. Vielleicht kommt er ja demnächst zu einem „Gedankenaustausch“ bei mir vorbei. Zuvor hatte der Syrer die ägyptische Christin Nawal beleidigt, indem er vor ihr auf den Boden spuckte und den Auswurf mit dem Schuh verrieb, um ihr zu zeigen, was er von ihr hält: In den Augen eines gläubigen Moslems eben eine minderwertige „Kufar“, laut Heiligem Buch aller Moslems „schlimmer als das Vieh“ und „weniger wert als Tiere“. Anschließend sagte er zu ihr in drohendem Ton:

„Ihr seid nur 5% Christen in Ägypten, ihr habt überhaupt nichts zu sagen. Haut doch ab, wenn Euch etwas nicht passt!“

Was wohl passieren würde, wenn man das umgekehrt zu Moslems in Deutschland sagen würde? Es ginge wohl sofort per Helikopter ins Gericht mit unverzüglicher Aburteilung wegen Volksverhetzung und drei Jahren Wegsperrung zum Schutz der Öffentlichkeit. Aber mich anzeigen, da ich ihn mit „Moslem“ anredete. Nun, wir sind es gewohnt, dass die verbale Auseinandersetzung mit Bereicherern in München meist absurd verläuft:

Wir lassen uns von all diesen Störfeuern aber weder beirren noch aufhalten, sondern werden in München mit dem Erreichen des Bürgerentscheides Geschichte schreiben, die in ganz Europa Aufmerksamkeit erregen wird:

Und das wird erst der Anfang einer umfangreichen Aufklärungs- und Informationskampagne sein..

(Kamera und Videoschnitt: Hoa Nguyen)